



Mit Sinn und Verstand

Rahmenprogramm
Kommunalwahl 2004

1. VORWORT	3
2. CDU - BESSER FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN	3
3. KOMMUNALPOLITIK MIT DEN BÜRGERN UND FÜR DIE BÜRGER	6
4. DAS GEBOT DER STUNDE: FINANZSITUATION DER GEMEINDEN, STÄDTE UND LANDKREISE STABILISIEREN UND VERBESSERN	9
5. EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT FÖRDERN UND STÄRKEN	13
6. STÄRKUNG DER REGIONALEN WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG	14
7. BILDUNG BRAUCHT ZUKUNFT	19
8. KULTUR – STANDORTATTRAKTIVITÄT UND IDENTITÄT	21
9. JUGEND UND FAMILIE BILDEN DAS FUNDAMENT DER GESELLSCHAFT	22
10. EINE AKTIVE ÄLTERE GENERATION EINBEZIEHEN	23
11. GESUND IN MECKLENBURG-VORPOMMERN	25
12. LÄNDLICHEN RAUM ENTWICKELN	25
13. SICHER IN MECKLENBURG-VORPOMMERN	27
14. FÖRDERUNG DES SPORTS	28

1. Vorwort

Wieder wird gewählt. In den kommenden Kommunalwahlen werden die Bürger in Mecklenburg und Vorpommern über ihre ehrenamtlichen Bürgermeister, die Gemeindevertretungen und die Kreistage bestimmen, aber auch ihren Abgeordneten für das Europaparlament wählen.

Die CDU ist die stärkste kommunalpolitische Kraft. Die CDU ist die Partei der Mecklenburger und Vorpommern. Das wollen wir bleiben. Wir stehen für attraktive, lebenswerte Gemeinden, Städte und Landkreise und ihrer verlässlichen Finanzausstattung.

Wir wollen, dass sich viele Menschen in die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes einbringen. Die CDU ist offen für alle Bürger. Deshalb arbeiten bei uns auch Bürger mit, die nicht parteigebunden sind. Wenn Sie sich mit unserem kommunalpolitischen Programm im Land und in Ihrer Gemeinde identifizieren können, wenn Sie mitgestalten wollen, dann bieten wir Ihnen in einer starken Gemeinschaft die Möglichkeit dafür. Kommunalpolitik lebt nicht aus der Kraft der Parteien alleine. Kommunalpolitik ist auf das ehrenamtliche Engagement vieler angewiesen, vor allem im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut, das den Menschen erlaubt, ihre unmittelbaren Angelegenheiten selbst zu regeln.

Helfen Sie uns, Kommunalpolitik weiter verlässlich zu gestalten und den Menschen eine attraktive Heimat zu bieten, in der es sich lohnt zu leben und zu arbeiten.

2. CDU - Besser für Mecklenburg-Vorpommern

Eine starke CDU in den Gemeinden, Städten und Landkreisen und im Land ist das Beste für Mecklenburg-Vorpommern.

Daher sehen wir in den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen ein Signal für den politischen Wechsel.

Die CDU ist die kommunalpolitische Kraft in Mecklenburg-Vorpommern.

Seit 1999 ist die CDU mit 378 Sitzen in Kreistagen und Bürgerschaften vertreten, mit 2.501 Sitzen stellt die CDU mehr Gemeindevertreter als SPD und PDS zusammen.

Für unser Land Mecklenburg-Vorpommern, seine Gemeinden, Städte und Landkreise will die CDU auch in den nächsten Jahren konsequent eintreten und Politik für die Bürger gestalten.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, das gleichermaßen zu seinen mecklenburgischen und pommerschen Traditionen steht, aber auch die landsmann-

schaftlichen Traditionen der deutschen Heimatvertriebenen sowie Spätaussiedler achtet und fördert.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, in dem viele Bürger ihre Heimat sehen, ein Land, in dem Tradition bewahrt wird und gleichzeitig neue Horizonte erschlossen werden.

Wir haben klare Ziele:

Mecklenburg-Vorpommern muss ein Land werden, in dem die Bürger überall wieder gute Perspektiven haben, in den Städten genauso wie im ländlichen Raum.

Mecklenburg-Vorpommern muss wieder ein Land werden, in dem Gemeinden, Städte und Landkreise Zukunft gestalten können, damit die Bindung zur Heimat vor allem für junge Menschen nicht verloren geht.

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir Gemeinde-, Stadtvertretungen und Kreistage sowie entsprechende Verwaltungen, die stark und bürgernah die Interessen der Bürger vertreten. Wir wissen, dass die Situation vieler Gemeinden, Städte und Landkreise dramatisch ist. Umso mehr sind Kommunalpolitiker gefragt, die langfristig die Entwicklung ihrer Gemeinden, Städte und Landkreise im Blick haben und dementsprechend Akzente setzen. Viele Aufgaben sind in den kommenden Jahren zu erfüllen, einige werden wegfallen, viele werden dazukommen. Kommunalpolitik wird von Veränderungen betroffen sein. Wir wollen, dass die gewählten Kommunalvertreter in einem stärkeren Maße als bisher auf die Gestaltung ihrer Gemeinden, Städte und Landkreise Einfluss nehmen können.

Wir sind die einzige Kraft in Mecklenburg-Vorpommern, die sich konsequent für die kommunale Selbstverwaltung, für eigenständige Gemeinden, Städte und Landkreise einsetzt.

Deshalb werden wir dafür sorgen,

- dass eine bürgerfreundliche **Funktional- und Verwaltungsreform** in Mecklenburg-Vorpommern die kommunale Selbstverwaltung stärkt,
- dass den Gemeinden, Städten und Landkreisen finanziell wieder Luft zum Atmen verschafft wird,
- dass Aufgaben nur an die kommunale Ebene abgegeben werden, wenn das Land auch deren Finanzierung sicherstellt,
- dass **Kommunalpolitik** von Verlässlichkeit geprägt ist,
- dass **Bildung** und **Erziehung** kommender Generationen in den Kindergärten, Schulen, Betrieben, Berufsschulen und Hochschulen qualitativ hochwertig sichergestellt wird,
- dass die **Jugend** wieder eine Perspektive in ihrer Heimat bekommt,
- dass **Sicherheit** und **Ordnung** gewährleistet werden.

Mecklenburg-Vorpommern braucht ein politisches Gegengewicht zur gegenwärtigen Landesregierung in Schwerin, die seit Jahren ihre finanziellen Probleme, die Folgen ihrer Unfähigkeit zur Neugestaltung der Landespolitik und ihres fehlenden Willens zu tiefgreifenden Reformen auf die Gemeinden, Städte und Landkreise abwälzt.

Dieses politische Gegengewicht haben die Wähler bereits 1999 geschaffen. In allen Landkreisen und fast allen kreisfreien Städten stellt die CDU die stärkste Fraktion. Die CDU hat mehr Gemeindevertreter als SPD und PDS zusammen. Keine andere Partei ist vor Ort so tief verwurzelt wie die CDU.

Wir spüren und erkennen die Sorgen und Nöte der Bürger in Mecklenburg und Vorpommern. Das christliche Menschenbild ist unser Leitbild.

Die Schwachen stützen, Gerechtigkeit und Frieden sowie die Schöpfung bewahren sind für uns unverzichtbare Werte. Sie sind elementar für den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Auf dieser Grundlage verknüpfen wir mit unserer Politik Selbstverantwortung und Solidarität.

Die CDU setzt auf eine faire Partnerschaft zwischen Land, Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Die Finanzsituation der Gemeinden, Städte und Landkreise ist äußerst angespannt. Die finanziellen Mittel reichen nicht einmal aus, um Pflichtaufgaben zu erfüllen. Die Attraktivität der Gemeinden, Städte und Landkreise sinkt in dem Maße, wie diese aufgrund ihrer finanziellen Situation freiwillige Aufgaben wie Kultur, Heimatpflege, Jugendtreffs, Vereine, Verbände, Sportstätten und viele andere Begegnungsmöglichkeiten reduzieren oder schließen müssen. Das hat Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürger.

Bundesregierung und Landesregierung gefährden mit ihrer Politik die Handlungsfähigkeit der Gemeinden, Städte und Landkreise.

Eine mutlose, träge Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik nicht nur für strukturschwache Gebiete hat in Mecklenburg-Vorpommern dazu beigetragen, dass jeder fünfte Arbeitswillige arbeitslos ist. Viele Bürger pendeln täglich in andere Bundesländer, um ihre Familien ernähren zu können. Qualifizierte junge Menschen wandern in andere Bundesländer ab, um ihre persönliche und berufliche Existenz zu sichern. Die Sozialhilfekosten belasten die kommunalen Haushalte derart, dass wichtige Investitionen unterbleiben.

Eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist zugleich die beste Sozialpolitik gegen Arbeitslosigkeit und Abwanderung: Arbeitsplätze sichern und schaffen.

Diese Politik ist aber erst dann erfolgreich, wenn Bürger in Mecklenburg-Vorpommern ohne bürokratische Hemmnisse und Auflagen ihre Ideen verwirklichen können und damit in den Gemeinden, Städten und Landkreisen die nötigen Arbeitsplätze schaffen.

Wir haben den Mut zur Entbürokratisierung, zur Schaffung von mehr wirtschaftlicher Freiheit, bei Wahrung des sozialen Ausgleichs. Dafür müssen Bundesregierung und Landesregierung die notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schaffen. Die Mutlosigkeit und Unfähigkeit von Rot-Grün und Rot-Rot, wichtige Entscheidungen zu treffen, verschärft die Probleme im Land.

Wir müssen handeln, jetzt!

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg und Vorpommern zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf, um so neue Chancen für das Land zu eröffnen.

Die CDU hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie mit ihren Landräten und Oberbürgermeistern, den Bürgermeisterinnen und kommunalen Mandatsträgern erfolgreich regieren kann.

Nicht jammern und lamentieren war die Devise, sondern, wir werden es schaffen, wenn wir es machen!

Die CDU fühlt sich den **Kirchen** in Mecklenburg-Vorpommern besonders verbunden. Sie leisten in der Bildungs-, Sozial- und Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag für die gesamte Gesellschaft. Die christlich-abendländischen Werte sind das Grundgerüst unserer Gesellschaft, das es zu verteidigen gilt. Auch ihr Engagement zum Erhalt vieler Kirchen in den Dörfern und Städten des Landes verdient die stärkere Unterstützung der Landesregierung.

Die CDU ist die einzige parteipolitische Interessenvertreterin der in Mecklenburg-Vorpommern lebenden deutschen Heimatvertriebenen. Sie achtet ihr Schicksal und ihre Erinnerungen an die alte Heimat. Sie setzt sich für eine bessere Integration der in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Spätaussiedler ein. Die bereits bestehenden regelmäßigen Kontakte zu den Spätaussiedlern werden weiter ausgebaut.

3. Kommunalpolitik mit den Bürgern und für die Bürger

In den vergangenen Jahren haben die Kommunalpolitiker der CDU bewiesen, dass sie für die Bürger im Land aktiv und kompetent Politik gestalten können. Damit das auch weiterhin so bleibt, müssen die Voraussetzungen für gestaltbare Politik entschieden verbessert werden.

Solide Finanzen und eine effiziente, bürgernahe Verwaltung sind die Grundvoraussetzungen für einen modernen, zukunftsfähigen Staat. Die Verwaltung ist zum Wohle des Bürgers da – nicht umgekehrt.

Unser Prinzip:

Vertrauen in die Eigeninitiative der Bürger statt Vorschriften; Kontrolle da, wo sie nötig ist.

Eine bürgerfreundliche **Funktional- und Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern** muss sich dieser Idee unterwerfen.

Die Aufgaben innerhalb der Landesverwaltung müssen einer strengen Überprüfung unterzogen werden, ob sie zwangsläufig dort angesiedelt werden müssen, ganz wegfallen oder zur Erledigung auf die kommunale Ebene übertragen werden können. Die Verantwortung muss in die Fläche verlagert werden. So können Aufgaben von oben nach unten, von den Landesbehörden auf Landkreise und kreisfreie Städte, von Landkreisen auf

Bürokratischer Aufwand für die Errichtung eines Bootssteiges an der Peene

Notwendige Genehmigungen:

1. Baugenehmigung nach Baugesetzbuch, Landkreis
2. Wasserrechtliche Genehmigung nach Landeswassergesetz, StAUN
3. Ausnahmegewässerschutzstreifen Landeswassergesetz StAUN
4. Ausnahmegenehmigung gem. § 20 Landesnaturschutzgesetz Abs. 3 Ausnahmen für den Biotopschutz, Landkreis
5. Ausnahmegenehmigung nach § 21 Landesnaturschutzgesetz, Landkreis
6. FFH-Verträglichkeitsprüfung, Landkreis
7. Wasserschiffahrtspolizeiliche Genehmigung, WSA Stralsund

Städte und Gemeinden übertragen werden.

Die hohen Standards zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und der Umweltauflagen sind im Interesse der Stabilisierung der Kommunalfinanzen abzusenken.

Alle gesetzlichen Vorschriften, Richtlinien, Verwaltungsvorschriften, Erlasse und Verordnungen müssen auf den Prüfstand. Viele Vorschriften werden nicht mehr benötigt, können ohne Folgewirkungen abgeschafft werden oder sind unsinnig, behindern Investitionen und bürgerschaftliches Engagement. Die Folgen: Bevormundung, Überreglementierung und eine alles überziehende Bürokratie. Gesetze, Verordnungen und Erlasse müssen generell zeitlich befristet und dann auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft werden.

Zur Schaffung einer modernen, effizienten und bürgernahen Verwaltung ist eine Kreisgebietsreform keine zwingende Voraussetzung. Eine sinnvolle Reform muss zu einer besseren, leistungsfähigeren, kostengünstigeren und bürgerfreundlicheren Verwaltung führen.

Die CDU lehnt die Modelle der SPD/PDS-Landesregierung zu einer Kreisgebietsreform entschieden ab.

Die CDU fordert die Einführung des landesweit gültigen VERWALTUNGSDONNERSTAGES.

Grundsätzlich müssen an diesem Donnerstag alle Verwaltungen über die üblichen Öffnungszeiten hinaus geöffnet und für den Bürger erreichbar sein. Kommunale Dienstleister, wie Tourismusbüros, passen ihre Serviceangebote saisonal an und stehen den Gästen unserer Gemeinden, Städte und Landkreise über die üblichen Öffnungszeiten hinaus zur Verfügung.

Verwaltung muss neu organisiert werden. Es muss Schluss sein mit dem Zuständigkeitswirrwarr. Wir brauchen **BEHÖRDENLOTSEN**, die Ratsuchende unbürokratisch mit den zuständigen Verwaltungsmitarbeitern zusammenbringen.

Verwaltung muss beraten, nicht nur bescheiden. Die Verwaltungsmitarbeiter als Dienstleister müssen die Bürger lösungsorientiert in Verwaltungsangelegenheiten beraten, anstatt Anträge nur zu bescheiden.

Der Bürger muss Verwaltungsakte verstehen können. Weg mit unverständlichem Amtsdeutsch in Anträgen, Formularen und Bescheiden! Statt Behördenkauderwelsch brauchen wir eine klare und verständliche Sprache.

Die Mitarbeiter in den Verwaltungen müssen motiviert und engagiert die Funktional- und Verwaltungsreform mittragen. Deshalb müssen durch Schulungen und Weiterbildungsveranstaltungen die Verwaltungsmitarbeiter im Prozess der Veränderungen mitgenommen und diese zusammen mit ihnen gestaltet werden.

Die CDU will, dass sich die Bürger mit ihrer Heimat identifizieren. Deshalb muss vor einer möglichen Veränderung von Gebietsstrukturen zwingend eine sorgfältig durchdachte bürgerfreundliche Funktional- und Verwaltungsreform stehen. Bis jetzt ist nicht erkennbar, dass die Auflösung von Landkreisen und die Wegnahme der Kreisfreiheit der kreisfreien Städte zwingend notwendig und besser ist.

Viele Aufgaben können über Kooperationen oder zweckgebundene Zusammenschlüsse erfüllt werden, ohne dass dabei die gegenwärtigen Strukturen aufgegeben werden müssen.

Die Schaffung neuer effizienter Gemeinde- und Ämterstrukturen auf freiwilliger Basis ist wesentliche Voraussetzung für die Stärkung des ländlichen Raumes.

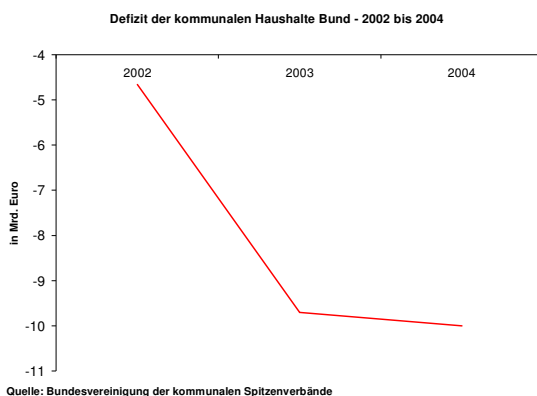
Dafür hat sich die CDU in der Enquetekommission des Landtages „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt und entsprechende Änderungen der Kommunalverfassung durchgesetzt.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass erst nach einer abgeschlossenen umfassenden Funktional- und Verwaltungsreform eine Neufassung des Landesraumentwicklungsprogramms vorgenommen wird.

Die Landesraumentwicklungsplanung setzt ein ganzheitliches Entwicklungskonzept für das Land voraus und kann nicht unabhängig von den Ergebnissen einer Funktional- und Verwaltungsreform vorgenommen werden. Dabei darf es zu keiner finanziellen Schwächung des ländlichen Raums kommen. Das Zentrale-Orte-Konzept wird mit der CDU nicht dazu führen, dass die Finanzausweisungen des Landes an die Gemeinden, Städte und Landkreise zu Lasten des ländlichen Raumes gekürzt werden. Kein Raumentwicklungsprogramm, das weniger Geld für den ländlichen Raum bedeutet!

Eine weitere Einengung des Planungsrechts für Gemeinde, Städte und Landkreise, wie z.B. bei der Gestaltung der Vorgaben zur Ausweisung von Vorrangflächen für den Naturschutz, wird es mit der CDU nicht geben. Das Planungsrecht gehört zu den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Selbstverwaltung und Eigenständigkeit darf nicht ausgehöhlt werden.

4. Das Gebot der Stunde: Finanzsituation der Gemeinden, Städte und Landkreise stabilisieren und verbessern



Die CDU war immer die kommunalpolitische Partei in Mecklenburg-Vorpommern, die für eine auskömmliche Finanzausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise Sorge getragen hat. Diese auskömmliche Finanzausstattung ist dringend notwendig, damit Gemeindevertretungen, Stadtvertretungen und Kreistage kommunale Selbstverwaltung praktizieren können.

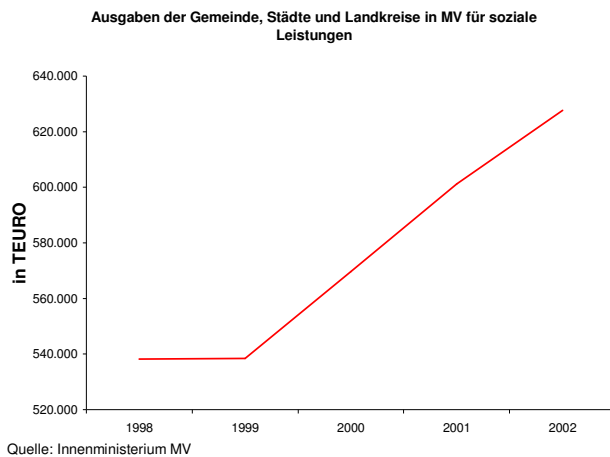
Durch die unbefriedigende Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik von Bundes- und Landesregierung sind die Gemeinden, Städte und Landkreise in eine unerträgliche Lage geraten. Die kommunale Selbstverwaltung ist ernsthaft gefährdet.

Schnelle Hilfe für die Gemeinden, Städte und Landkreise Kommunales Sofortprogramme der CDU Deutschland	
Maßnahme	kommunales PLUS
Absenkung der Gewerbesteuerumlage von 28 % auf 20 % und Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils	2004: + 3,4 Milliarden Euro 2005: + 2,4 Milliarden Euro = + 6,0 Milliarden Euro

Gegenüber 1999 hat sich bundesweit das Defizit

der kommunalen Haushalte mehr als vervierfacht. Die Entwicklung der Einnahmen bei den Gemeinden, Städten und Landkreisen blieb 2003 hinter den Erwartungen der Einnahmen von Bund und Ländern zurück. Die Gemeinden, Städte und Landkreise in den neuen Ländern sind von diesen Entwicklungen weitaus stärker betroffen.

Eine grundlegende Verbesserung der Finanzen von Gemeinden, Städten und Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern kann nur auf Bundesebene erreicht



werden. Daher fordert die CDU Mecklenburg-Vorpommern:

Eine grundlegende Gemeindefinanzreform in Deutschland ist notwendig.

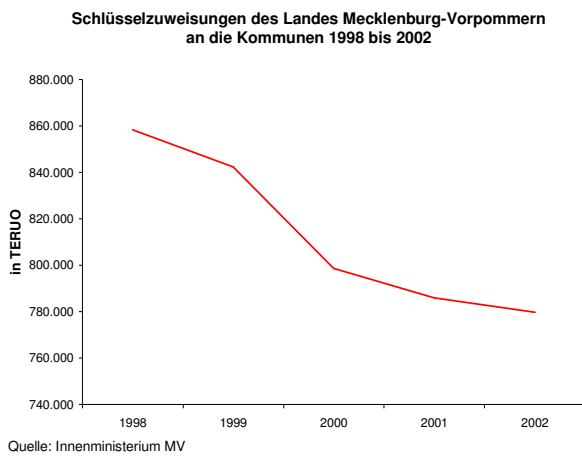
1. Wenn künftig Aufgabenübertragungen vom Bund und vom Land auf die Gemeinden, Städte und Landkreise

erfolgen sollen, dann müssen diese im vollen Umfang durch den Bund und durch das Land finanziert werden oder sie werden grundsätzlich ausgeschlossen. Wer bestellt, zahlt!

2. Eine zukunftsfähige und dauerhafte Reform der Kommunalfinanzen muss sich auf der Einnahmeseite an folgenden Bedingungen messen lassen:

- a) Die Gemeinden, Städte und Landkreise brauchen stabile, verlässliche Steuereinnahmen, die auf breiter Bemessungsgrundlage mit niedrigen Steuersätzen erhoben werden.
- b) Die Steuern müssen verwaltungstechnisch einfach zu erheben sein und ein hohes Maß an Transparenz und Verlässlichkeit aufweisen.
- c) Sie müssen mit einer gerechten Belastung der Steuerpflichtigen verbunden sein.
- d) Sie müssen die Selbständigkeit der Gemeinden, Städte und Landkreise und ihre Eigenverantwortung zur Lösung der kommunalen Aufgaben durch eigene Hebesatzrechte stärken.
- e) Sie müssen das Interesse der Gemeinden, Städte und Landkreise am Erhalt vorhandener und an der Ansiedlung neuer Unternehmen ebenso bewahren wie die Bindung der Wohnbevölkerung an ‚ihre‘ Stadt und Gemeinde.
- f) Sie müssen im wesentlichen Ertragssteuern sein und dürfen die Substanz der Steuerpflichtigen nicht zusätzlich belasten. Deshalb ist eine Revitalisierung der Gewerbesteuer der falsche Weg.
- g) Die Gesamtsteuerlast der Steuerpflichtigen darf im Saldo nicht erhöht werden.

h) Vor einer endgültigen Entscheidung müssen alle denkbaren Modelle sorgfältig auf ihre Auswirkungen – einschließlich der Verteilungswirkungen zwischen



den Gemeinden, Städten und Landkreisen – berechnet werden.

i) Es muss sichergestellt werden, dass alle Reformen mit den Gemeinden, Städten und Landkreisen und nicht gegen sie verwirklicht werden. Die kommunalen Spitzenverbände sind in diesem Reformprozess zu beteiligen.

j) Die Reform muss eine möglichst eigenständige

Finanzausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise gewährleisten, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

3. Die Ausgaben für soziale Leistungen müssen umgehend im Anstieg gebremst und langfristig auf ein finanzierbares Maß reduziert werden, ohne dass soziale Ungleichgewichte entstehen.

4. Bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss gewährleistet sein, dass

a) die Gemeinden, Städte und Landkreise auch mittel- und langfristig finanziell entlastet und nicht weiter belastet werden,

b) Verschiebepunkte zwischen den staatlichen Ebenen vermieden werden,

c) vielfältige Gestaltungsspielräume für kreative und erfolgreiche Problemlösungen genutzt werden können und

Anrechnungsfreie Finanzausstattung der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern			
	1999	2003	2004
Garantiesumme / Anteil	28 %	26,99 %	26,86 %

d) die kommunale Vernetzung mit anderen

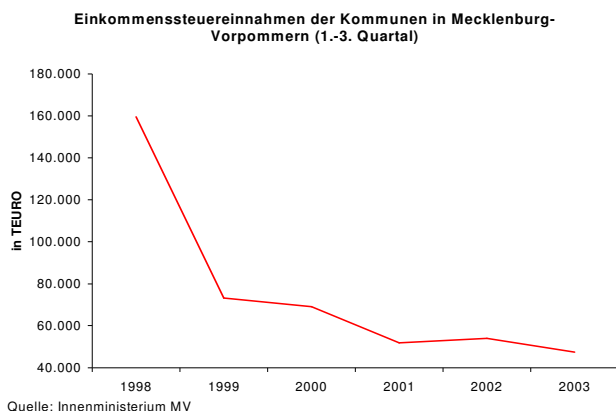
Politikfeldern wie Wirtschaftsförderung, Jugend- und Sozialpolitik zum Tragen kommt.

Hinsichtlich der Finanzierung wird davon ausgegangen, dass den Gemeinden, Städten und Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern durch das Ergebnis des Vermittlungsausschusses eine Entlastung von rund 50 Millionen Euro verbleibt.

e) die zusätzlichen Sonderbedarfsergänzungszuweisungen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt im Umfang von 128 Millionen Euro an die Landkreise und kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern weitergeleitet werden,

f) die Einsparungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern durch die Wohngeldreform in Höhe von 78 Millionen Euro ab dem Jahr 2005 den Gemeinden und Städten zur Deckung ihrer Kosten zur Verfügung gestellt werden.

5. Das Grundsicherungsgesetz muss zu einem bundesfinanzierten Leistungsgesetz für dauerhaft Erwerbsunfähige umgewandelt werden. Das



Grundsicherungsgesetz führt zu erheblichen Mehrkosten und Verwaltungsmehraufwand. Dabei muss sichergestellt sein, dass der Bund die tatsächlich durch das Gesetz entstehenden Leistungskosten trägt. Das muss in einem neuen XII. Sozialgesetzbuch geregelt werden.

6. Das VIII. Sozialgesetzbuch muss schnellstmöglich geändert werden, um an dieser Stelle Fehlentwicklungen zu beseitigen und die Gemeinden, Städte und Landkreise zu entlasten. So erhalten beispielsweise Eltern, deren Kinder in Heimen untergebracht sind, weiter Kindergeld. Dieser Betrag muss zur Deckung der dafür entstehenden Kosten eingesetzt werden.

7. Die Verantwortung des Bundes für die Zuwanderung und Integration als nationale Angelegenheit – also auch für die Finanzierung – muss betont werden.

Die Gemeinden, Städte und Landkreise müssen die Probleme der Zuwanderung auch zukünftig vor Ort bewältigen. Dabei haben sie in diesem Bereich erhebliche Lasten zu tragen und vielfache Schwierigkeiten zu bewältigen. Hohe Sozialhilfequoten sind eine schwere finanzielle Bürde.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern muss die Gemeinden, Städte und Landkreise wieder angemessen finanziell ausstatten.

Die finanzielle Situation der Gemeinden, Städte und Landkreise hat sich durch die Politik der Landesregierung in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert. Während die Ausgaben insbesondere im Bereich der sozialen Leistungen stetig steigen, sinken die eigenen Einnahmen der Gemeinden, Städte und Landkreise aus der Einkommensteuer, der Gewerbesteuer und aus Gebühren und Abgaben. Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern sind auch weiterhin von den Finanzausgleichszahlungen des Landes abhängig.

Gleichmäßigkeitgrundsatz und Mindestfinanzgarantie gehören untrennbar zusammen.

Der verbindliche Verbundsatz wurde durch SPD und PDS abgeschafft. Dafür wurde eine anrechnungsfreie Finanzausstattung als Garantiesumme aufgenommen und seit 2002 der so genannte Gleichmäßigkeitsgrundsatz eingeführt.

Gebracht haben diese Veränderungen den Landkreisen, Städten und Gemeinden nichts. Allein mit der Veränderung des Verbundsatzes behält das Land von den 4,27 Milliarden EUR an Verbundsteuern, Landessteuern einschließlich dem Anteil an der Gewerbesteuerumlage, dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen 50 Millionen EUR mehr ein, als ihm bei Beibehaltung des früheren Verbundsatzes zugestanden hätte. Von den genannten Einnahmen behält das Land nicht wie früher 72 %, sondern in 2004 nunmehr 73,18 %. Der durch den Gleichmäßigkeitsgrundsatz verursachte Anstieg des Anteils des Landes an den Gesamteinnahmen sollte durch die Mindestfinanzgarantie zugunsten der Gemeinden, Städte und Landkreise begrenzt werden.

Mit der beabsichtigten Abschaffung der Mindestfinanzgarantie und der gesetzlich zugesicherten Infrastrukturpauschale ist dieser Ausgleich nicht mehr gewährleistet. Die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr, da zunehmend fraglich ist, ob die Gemeinden, Städte und Landkreise noch in der Lage sind, alle ihnen übertragenen staatlichen und pflichtigen Aufgaben in der gewohnten Art und Weise zu erbringen und darüber hinaus Handlungsspielräume für die Erfüllung freiwilliger Aufgaben zu behalten.

Zur Sicherung der Kommunalfinanzen sind für Mecklenburg-Vorpommern folgende Maßnahmen notwendig:

- Keine Kürzungen der Mindestfinanzgarantie
- Stärkung der Investitionskraft der Gemeinden, Städte und Landkreise
- Erhöhung der geplanten Infrastrukturpauschale für 2004 um mindestens 20 Millionen Euro und für 2005 um mindestens 35 Millionen Euro
- Wegfall der investiven Bindung der Schlüsselzuweisungen
- Wiedereinführung des Faktors 70 % Einwohner zu 30 % Flächenanteile in § 8 Abs. 3 des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern

Die Gemeinden, Städte und Landkreise dürfen nicht der Steinbruch zum Ausgleich für Mindereinnahmen des Landes sein.

5. Ehrenamtliches Engagement fördern und stärken

Bürgersinn ermutigen, Verantwortlichkeiten verdeutlichen.

Wir wollen Gemeinsinn. Wir wollen die Entscheidungsspielräume von Gemeinden, Städten und Landkreisen vergrößern und überflüssige, nicht mehr zeitgemäße Regelungen abschaffen. Wir bauen auf die Bereitschaft der Bürger, mit persönlichem Einsatz und Bürgersinn zu einer lebenswerten und menschlichen Gesellschaft beizutragen.

Die CDU will in den Gemeinden, Städten und Landkreisen mit allen zusammenarbeiten, die aktiv in den Kommunalvertretungen ihre Heimat gestalten wollen.

Kommunalpolitik lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Um diese attraktiver zu machen, müssen mehr Kompetenzen für Entscheidungen auf die Gemeindevertretungen, Stadtvertretungen und Kreistage übertragen werden.

Vor Ort muss entschieden werden, was vor Ort entschieden werden kann! Das ist gelebte kommunale Selbstverwaltung.

Kommunalpolitik zeichnet sich insbesondere durch den Einsatz vieler Bürger in überschaubaren Gemeinden und Landkreisen mit ausreichender Finanzausstattung aus. Dieser ist nicht notwendig an Parteien gebunden. Interesse und Verantwortungsbewusstsein an und gegenüber der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes und der Verbesserung ihrer Lebensqualität sind Motivation vieler Bürger, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

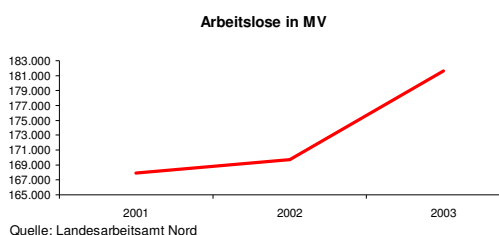
Ehrenamtliche Arbeit verdient Achtung und Anerkennung. Das gilt für den Einsatz in der Freiwilligen Feuerwehr, im THW, in Kirchengemeinden und in zahlreichen Vereinen genauso wie in Kommunalvertretungen oder sozialen Einrichtungen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige bei Arbeitslosigkeit nicht auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden.

Wir sind für Solidarität und Eigenverantwortung. Wir wollen, dass Bürger wieder mehr Verantwortung für sich und ihre Nachbarn übernehmen. Es gehört zu unserem Menschenbild, dass viele soziale und emotionale Probleme in der Gemeinschaft leichter zu lösen sind. Es bedarf nicht immer eines Sozialamtes, um einen Ausweg aus einer dramatischen sozialen Situation zu finden. Freunde, Nachbarn und Vereine sind oftmals hilfreicher als staatliche Unterstützungssysteme. Mehr Mut und Bereitschaft aller ist gefordert, um den Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ umzusetzen.

6. Stärkung der regionalen Wirtschaftsentwicklung

Regionale Wirtschaftsentwicklung - Kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen, das Handwerk, der Einzelhandel und die landwirtschaftlichen Unternehmen sind die Säulen der Wirtschaft in den Gemeinden, Städten und Landkreisen.



Die CDU wird helfen, die Rahmenbedingungen für die regionale Wirtschaftsentwicklung kontinuierlich

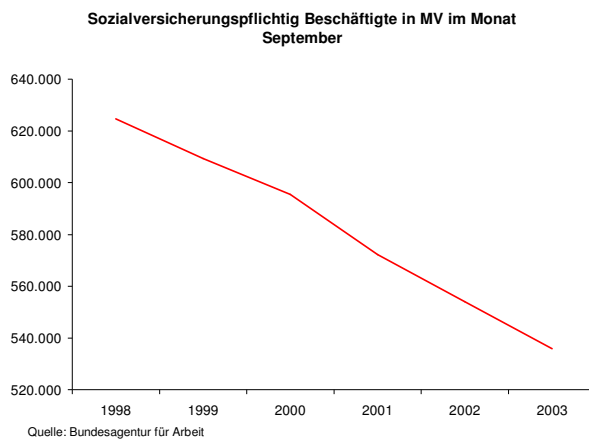
Die CDU wird helfen, die Rahmenbedingungen für die regionale Wirtschaftsentwicklung kontinuierlich

zu verbessern. Es kommt darauf an, bestehende Unternehmen zu unterstützen, beispielsweise bei Fragen der Konsolidierung und Finanzierung. Neue wertschöpfungsstarke Unternehmen sind anzusiedeln. Bürokratischen Hemmnissen wird der Kampf angesagt. Die schlechte Zahlungsmoral - auch die der öffentlichen Hand - gefährdet viele Unternehmen im Land. Die Stärkung der Zahlungsmoral kann nur erreicht werden, wenn für die Schuldner bei den Gerichten die Verfahrenszeiten verkürzt werden. Jede Vorschrift muss auf den Prüfstand. Staatliche Reglementierung wird auf ein Minimum reduziert.

Die Gemeinden, Städte und Landkreise sind wichtige Auftraggeber. Schwerpunkt öffentlicher Ausgaben sind nachhaltige Investitionen in die Zukunft, beispielsweise in den Ausbau der Infrastruktur. Ziel muss es sein, zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe die Aufträge möglichst ortsnah zu vergeben, denn nur so werden auch wieder Steuereinnahmen erzielt.

DER TOURISMUS ist eine Erfolgsgeschichte in Mecklenburg-Vorpommern und 2003 war wieder ein Rekordjahr.

Die Zahl der Gästeankünfte in den Beherbergungsstätten (ab 9 Betten) stieg im Sommerhalbjahr 2003 gegenüber dem Vorjahr um 8,9 Prozent auf rund 3,7 Millionen, die Anzahl der Übernachtungen um 5,2 Prozent auf 16,6 Millionen.

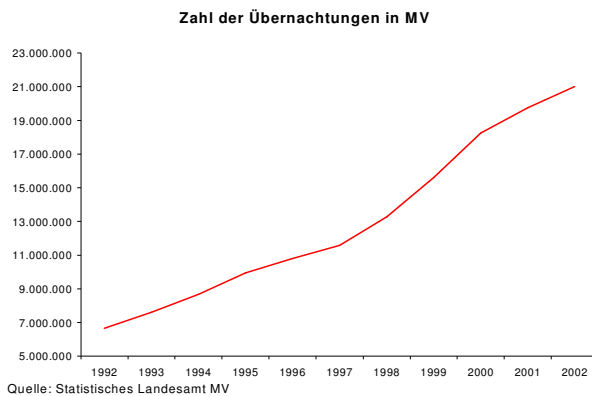


Die Zahlen dürfen uns nicht zur Selbstgefälligkeit verleiten. Weitere Zuwächse, ja sogar das Halten des Status Quo wird in Zukunft mehr denn je mit harter Arbeit verbunden sein. Es müssen mit Nachdruck weitere touristische Potenziale für unser Land erschlossen werden, die vor allem in der Entwicklung des sogenannten Hinterlandes touristischer Schwerpunktgebiete der Ostseeküste und der Seenplatte liegen. Sie liegen weiterhin in einer intensiven Vermarktung des Urlaubslandes Mecklenburg-Vorpommern im gesamten Bundesgebiet und Europa.

Naturschutz und Tourismus haben im Grunde dasselbe Anliegen. Beide haben, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, Interesse an der Wahrung der Schöpfung. Der Schutz der Natur darf nicht gegen existentielle Grundbedürfnisse der Menschen ausgerichtet werden. Die CDU ist weiterhin gegen eine Verbandsklagemöglichkeit von Naturschutzverbänden gegen Investitionsvorhaben.

Naturschutz und Tourismus haben im Grunde dasselbe Anliegen. Beide haben, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, Interesse an der Wahrung der Schöpfung. Der Schutz der Natur darf nicht gegen existentielle Grundbedürfnisse der Menschen ausgerichtet werden. Die CDU ist weiterhin gegen eine Verbandsklagemöglichkeit von Naturschutzverbänden gegen Investitionsvorhaben.

Der Naturschutz betont den Wert der Natur und appelliert an das Verantwortungs-
bewusstsein, während der Tourismus mit steigenden Einnahmen und Zukunfts-
perspektiven lockt, die eine Grundlage für weitere



Naturschutzmaßnahmen schaffen können.

Vielfältige Ursachen – wie mehr Freizeit, gestiegenes Bildungsniveau, höhere Lebenserwartung stärkeres Ge-

sundheitsbewusstsein – führten in den letzten Jahren zu einer ständigen Zunahme der Erholungssuchenden in der Natur. Diese Nutzung der Natur förderte gleichzeitig die Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen. Diese Erfahrungen verdeutlichen, dass ein wirkungsvoller Naturschutz nur mit und nicht gegen die Menschen zum Tragen kommen kann. Der moderne Naturschutz bezieht Menschen ein und fördert so das Verständnis für den Ablauf natürlicher Prozesse und die Achtung vor der Natur.

Die CDU wird verstärkt für eine Harmonisierung des Naturschutzrechtes, seiner Definitionen und inhaltlichen Auslegungen, zwischen der Europäischen Union und Deutschland eintreten, um Verzerrungen im Interesse des Naturschutzes und des Tourismus auszugleichen.

Derzeit existieren weltweit über 140 Bezeichnungen für geschützte Gebiete der unterschiedlichsten Typen. Sowohl Schutzgebietsdefinitionen als auch die inhaltlichen Schutzbestimmungen bei gleichlautenden Definitionen weichen innerhalb der einzelnen Bundesländer, aber auch innerhalb der EU-Mitgliedstaaten erheblich voneinander ab. Obwohl z.B. die Naturschutzgesetze der einzelnen Bundesländer die Begriffe Nationalpark und Naturschutzgebiet verwenden, gibt es große Differenzen und Abweichungen insbesondere in den Bereichen Schutzzweck, Nutzungsbeschränkungen, Zuständigkeiten für Verwaltung und Betreuung der Gebiete.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass im Rahmen eines objektiven Abwägungsverfahrens, unter der Berücksichtigung der Gegebenheiten und spezifischen Umstände ein Vorhaben sachgerecht beurteilt wird.

Insbesondere die aktuelle Diskussion um die Meldung von FFH-Gebieten verdeutlicht, dass Tourismus und Naturschutz zwei Seiten einer Medaille darstellen. Die touristische Entwicklung bedarf einer intakten Natur und sichert so den Schutz der Natur.

Aus diesem Grunde fordert die CDU eine zurückhaltende Ausweisung von FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union zur Ausweisung von Schutzgebieten) und Bestandsschutz für bestehende Nutzungen sowie Planungs- und Investitionssicherheit für künftige Tourismusprojekte.

Rechtsstaatliche Entscheidungen setzen ein vernünftiges Nebeneinander von Gesetzen und öffentlichen Meinungen voraus. Daher fordert die CDU, bei der Planung und Errichtung von Offshore-Anlagen zur Windenergienutzung den Willen der Bürger und Gäste der betroffenen Gemeinden zu berücksichtigen.

Die Fülle von Verordnungen, Richtlinien und Reglementierungen im Bereich des Naturschutzes gefährden die Bemühungen hinsichtlich der Schaffung einer touristischen Infrastruktur oft schon im Vorfeld. Eine Überfrachtung mit Verordnungen und Richtlinien sollte künftig auch im Interesse eines effizienten Naturschutzes vermieden werden. Naturschutz ist in erster Linie konkrete Entscheidungsarbeit vor Ort und muss die Erfahrungen der dort lebenden Menschen einbeziehen.

FACHKRÄFTEMANGEL TROTZ ARBEITSLOSIGKEIT - Mecklenburg-Vorpommern steht heute vor einer grotesken Situation, auf der einen Seite ist eine Arbeitslosenquote von landesweit nahezu 20 % zu bilanzieren und auf der anderen Seite ein Fachkräftemangel, der insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe vorzufinden ist. Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung wird sich diese Situation weiter verschärfen. Deshalb muss unser Ziel sein, insbesondere jungen, gut ausgebildeten Menschen eine Perspektive zum Leben und Arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen.

DIE SAISON IST ZU KURZ Unser Problem ist die kurze Saison. Deshalb brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für die Saisonverlängerung. Der Gesundheitstourismus ist als ein ganzjähriges Angebot zu entwickeln und muss deshalb eine zentralere Rolle in Mecklenburg-Vorpommern einnehmen. Auch ganzjährig zu betreibende Attraktionen, würden dem Ziel dienen, den Standort Mecklenburg-Vorpommern zu stärken. Eine ganz wichtige Aufgabe ist der weitere Ausbau des Radwegenetzes, denn Radtourismus ist die beliebteste Form des Urlaubs in Mecklenburg-Vorpommern!

WIR BRAUCHEN MEHR INTERNATIONALITÄT - Der Anteil an ausländischen Gästen in Mecklenburg-Vorpommern ist zu gering. Trotz Steigerungsraten kam im Sommerhalbjahr 2003 gerade einmal jeder 25. Gast aus dem Ausland. Hier müssen die Marketingaktivitäten für die facettenreichen touristischen Angebote bei uns im Ausland deutlich verstärkt werden! Unser Image und unser Service müssen noch internationaler werden.

Für ein Tourismusland wie Mecklenburg-Vorpommern ist eine gut ausgebauten Bahninfrastruktur unverzichtbar.

Wir müssen Vorreiter bei Angebotsvielfalt und Service im Bahnverkehr sein. Dieses erreichen wir nur durch echten Wettbewerb auf der Schiene. Ohne eine Entflechtung der monopolistischen Strukturen werden Mitbewerber der Bahn kontinuierlich diskriminiert.

Die CDU fordert deshalb trotz gegenteiliger Bestrebungen auf Bundesebene eine konsequente Trennung von Netz und Betrieb sowie die Gründung einer unabhängigen Trassenagentur. Das gesamte Regionalverkehrsnetz muss einem transparenten und fairen Vergabeverfahren unterzogen werden. Nicht zuletzt um die Regionalisierungsmittel des Bundes effizient einsetzen zu können.

Die Osterweiterung der Europäischen Union bringt Mecklenburg-Vorpommern eine Vielzahl neuer Chancen. Diese Chancen müssen wir offensiv nutzen, bevor es wieder einmal andere tun.

Vor dem Hintergrund der Osterweiterung wird der Standort Mecklenburg-Vorpommern, vor allem aber Vorpommern, erheblich aufgewertet. Wir erhalten die Chance, wirtschaftliche Entwicklungsimpulse aus einer Drehscheibenfunktion im Nordsüd- und Ostwestverkehr zu ziehen.

Für die Entwicklung der wirtschaftsschwachen Regionen Vorpommern und Ostmecklenburg muss die Bundesregierung ein gesondertes Unterstützungs- und Entwicklungsprogramm auflegen.

Die verkehrspolitische Zielsetzung muss sich an den Prämissen der EU-Osterweiterung orientieren. Der Ausbau der Straßenverkehrswege ist dabei von großer verkehrsinfrastruktureller Bedeutung.

Mit der Fertigstellung der A 20 muss die zügige Fertigstellung von Zubringersystemen zu den Tourismusebenen des Landes sowie die adäquate Anbindung der bereits erschlossenen Industriegebiete, wie z. B. des Seehafens Wismar, gesichert werden.

Der vierspurige Ausbau der B 96, die Fertigstellung der A 241 und die A 14 gehören genauso dazu, wie die zügige Realisierung von Ortsumgehungen und der leistungsfähige Ausbau von Grenzübergängen nach Polen.

Die CDU wird alle Verkehrsinfrastrukturprojekte durch geeignete regionale Initiativen unterstützen.

Zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten sollen künftig auch stärker alternative Finanzierungsinstrumente aus dem privaten Kapitalmarkt zu Hilfe genommen werden.

Denn die Nähe zur Autobahn ist nur ein wirklicher Standortvorteil, wenn auch die „letzten Kilometer“ auf leistungsfähigen Wegen überbrückt werden können.

In den Seehäfen Mecklenburg-Vorpommerns wurden 2003 18,6 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Hafenwirtschaft hat einerseits eine erhebliche regionale wirtschaftliche Bedeutung, andererseits aber auch eine große Bedeutung für die Funktion des Landes als Drehscheibe im Ostseeraum. Die Chancen des Zusammenwachsens der Wirtschaftsregion Ostsee können aber nur genutzt werden, wenn die Hafeninfrastruktur stetig modernisiert und laufend den Anforderungen der Hafen- und Schifffahrtskunden angepasst wird. Schwerpunkt wird dabei die verbesserte Hinterlandanbindung der Häfen sein.

Leistungsfähige Flughäfen in Mecklenburg-Vorpommern sind wichtiger Bestandteil der CDU Infrastrukturpolitik.

Insbesondere die weitere Entwicklung des Forschungs- und Entwicklungsstandortes Mecklenburg-Vorpommern wird maßgeblich von der Anbindung an den internationalen Linienverkehr abhängen.

7. Bildung braucht Zukunft

Die CDU ist die Bildungspartei in Mecklenburg-Vorpommern. Als einzige Partei in Mecklenburg-Vorpommern betont die CDU seit Jahren die Bedeutung der Vorschulbildung, der schulischen Bildung, der Berufsausbildung und des Studiums für die Zukunft des Landes. Gerade mit dem Schuljahr 2003/04 wurde deutlich, dass die derzeitige Landesregierung die Bildung nicht als Standortfaktor betrachtet. Das wird an folgenden Mißständen deutlich:

- seit 1999 ist die Unterrichtsversorgung nicht sichergestellt,
- die Förderung benachteiligter Schüler wird kontinuierlich abgesenkt,
- Klassen werden größer und Lehrer weniger,
- verhaltensbedingten Problemen von Schülern stehen Lehrer hilflos gegenüber,
- die Umsetzung des Lehrpersonalkonzeptes frustriert Lehrer, Schüler und Eltern
- an den Universitäten und Fachhochschulen werden trotz steigender Studentenzahlen die Stellen gekürzt,
- keine ausreichende Existenzförderung und –beratung von Hochschulabsolventen, die im Land bleiben wollen.

Schule braucht Ruhe und schöpferische Kontinuität statt hektischem Bildungsaktionismus.

Schulen und Hochschulen sind einer der wesentlichen Standortfaktoren für Mecklenburg-Vorpommern, für alle Gemeinden, Städte und Landkreise. Investitionen der regionalen und überregionalen Wirtschaft sind zunehmend davon abhängig, wie und in welchem Umfang die Menschen qualifiziert sind. Daher sind Ausgaben in der Bildung Investitionen, die sich für das Land langfristig auszahlen. Aus diesem Grund sind

Investitionen in die Bildung auch als solche zu behandeln.

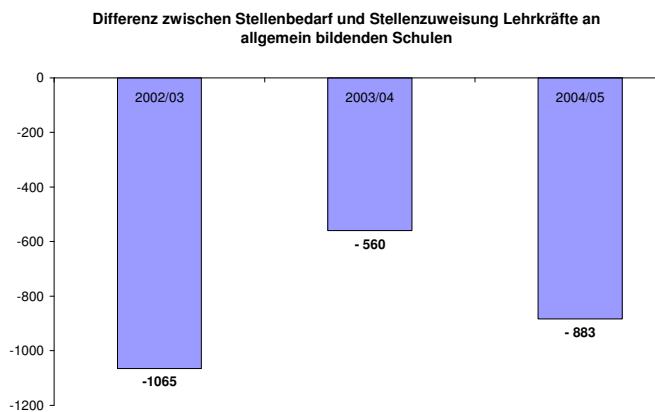
Entbürokratisierte Bildungspolitik – schlanke Strukturen in der Bildungsverwaltung.

Alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Bildungsbereich sind auf ihre Erforderlichkeit zu überprüfen. Überflüssige Regulierungen werden unverzüglich

beseitigt. In diesem Zusammenhang müssen auch alle bisherigen Strukturen der Bildungsverwaltung neu organisiert und schlanker gestaltet werden. Doppelzuständigkeiten und Verwaltungsdschungel sind zu beenden. So werden finanzielle Mittel sinnvoller eingesetzt und die Verwaltung arbeitet bedarfsge rechter.

Konsequente und langfristig planbare Schulentwicklungsplanung als Basis für Kontinuität.

Im Sinne einer starken kommunalen Selbstverwaltung und einer regional abgestimmten Schul-



entwicklungsplanung setzt sich die CDU weiter dafür ein, dass die Kreistage in den Landkreisen und die Bürgerschaften in den kreisfreien Städten über die Schulentwicklungsplanung entscheiden.

Die CDU wird sich in den Gemeinden, Städ-

ten und Landkreisen in der Regel für eine Zweizügigkeit ihrer Schulen im Sekundarbereich I einsetzen, um sowohl die pädagogische Qualität als auch die Kontinuität des Unterrichts und der Schulentwicklung abzusichern. In den Gemeinden, Städten und Landkreisen werden die Schulentwicklungspläne entsprechend fortgeschrieben. Für die Gymnasien wird in der Regel eine Dreizügigkeit angestrebt. Die Regelungen des Schulgesetzes für die örtlich zuständige Schule, die Schuleinzugsbereiche und der Schullastenausgleich müssen in diesem Zusammenhang einer grundlegenden Überprüfung unterzogen werden, um zwischen pädagogischem Anspruch und Standortsicherung einen fairen Ausgleich sicherzustellen. Realschulen, verbundene Haupt- und Realschulen sowie Regionale Schulen sollen dabei die Möglichkeit einer Entwicklung unter gleichen Rahmenbedingungen haben.

Universitäten und Fachhochschulen stärken – Entwicklungspotenziale für die regionale Wirtschaftsentwicklung erschließen und ausbauen

Die Universitäten und Fachhochschulen können mit ihren Potenzialen und Erfahrungen im internationalen Wettbewerb einen außerordentlichen Beitrag leisten, um die regional und überregional tätigen Unternehmen des Landes bei ihrer notwendigen Internationalisierung zu unterstützen. Die CDU wird die Universitäten und Fachhochschulen stärker in die regionale Wirtschaftsentwicklung einbeziehen. Sie sind eine Chance für die Entwicklung der Regionen, und jeder Hochschulstandort kann stolz auf die Ressource „Hochschule“ sein. Die Universitäten und Fachhochschulen können bei den Unternehmen beratend tä-

tig werden, als auch aus sich heraus mit innovativen Ideen Existenzgründungen hervorbringen und befördern. Universitäten und Fachhochschulen müssen durch das Land in die Lage versetzt werden, Unternehmen flexibel Forschungskapazitäten zur Verfügung zu stellen. Lehre und Studium profitieren von einer engeren Einbindung der Bildungseinrichtungen in die Wirtschaft.

Kommunale Bildungsangebote ausbauen und festigen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern muss die finanzielle Ausstattung, die Förderung der Personalkosten an den kommunalen **Musikschulen** stabilisieren und dem Bedarf anpassen. Die **Volkshochschulen** sind ein unerlässliches kommunales Bildungsangebot. Sie werden von vielen Bürgern angenommen und sind ein wesentlicher ortsnaher Beitrag zur Unterstützung des lebenslangen Lernens, um die beruflichen Chancen vieler Menschen zu verbessern.

8. Kultur – Standortattraktivität und Identität

Die Kulturpolitik der CDU wird künftig vor allem da Fördermittel des Landes einsetzen, wo das Engagement der Geförderten zum einen eine außergewöhnliche Resonanz bei den Menschen im Land findet, zum anderen aber die Potenziale vorhanden sind, nach einem begrenzten Zeitraum staatliche Fördermittel überflüssig zu machen. Die CDU wird mit Hilfe von Experten der Kulturwirtschaft ein Bewertungssystem für die Vergabe von Kulturfördermitteln entwickeln.

Zugleich bekennt sich die CDU zur institutionellen Förderung der Musikschulen im Land, die Traditionen bewahren und einen erheblichen Beitrag zur kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen und darüber hinaus im Land leisten. Die CDU wird die Fördermittel für die **Theater** des Landes in Höhe von 35,79 Millionen Euro wieder aus dem Kommunalen Finanzausgleich herausnehmen. Das sind sowohl die Mittel, die über die Kulturförderung 1997 in den Kommunalen Finanzausgleich eingeflossen sind, als auch die Mittel, die direkt aus dem Kommunalen Finanzausgleich an die theatertragenden Kommunen ausgereicht wurden. Zusammen mit diesen Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden wird die CDU-Landesregierung die vorliegenden Theaterkonzepte hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit aktualisieren, um so den Trägern der Theater Planungssicherheit, und den Theatern die Grundlage für regional und überregional attraktive Spielpläne zu bieten. Die Theaterfördermittel werden dynamisiert. Die Dynamisierung der Fördermittel wird an die Umsetzung der Theaterkonzepte geknüpft.

Eine ausreichende Finanzausstattung muss dazu beitragen, dass Gemeinden, Städte und Landkreise ein kulturelles Angebot zur Stärkung der regionalen Attraktivität und Identität vorhalten können.

9. Jugend und Familie bilden das Fundament der Gesellschaft

Ehe und Familie sind zentrale Fundamente unserer Gesellschaft.

Die CDU hat diese Grundüberzeugung seit Gründung der Bundesrepublik in einer ganzen Reihe von familienpolitischen Entscheidungen umgesetzt, die unser Sozialsystem bis heute prägen: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Rente, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sind nur die wichtigsten.

Das Bild unserer Gemeinden lebt vom Miteinander der Generationen. Dafür haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass alle Generationen in ihren Gemeinden, Städten und Landkreisen Bedingungen vorfinden, die es erlauben, Familien zu gründen, Kinder großzuziehen und miteinander alt zu werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Kinderfreundlichkeit zum Maßstab unseres Alltags wird und damit unsere Gemeinden, Städte und Landkreise noch attraktiver für junge Familien werden

Wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen.

Die meisten jungen Paare wollen nicht vor die Alternative Erwerbstätigkeit oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von beidem.

Dies kann nur geschehen durch:

- einen qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung, insbesondere bei Kleinkindern und Schulkindern sowie einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen – vor allem im ländlichen Raum.
- mehr Flexibilität am Arbeitsplatz

Wir wollen die Erziehungskompetenz von Eltern stärken.

Familien sehen sich heute mit wachsenden Herausforderungen konfrontiert. Die Erziehungsarbeit der Eltern muss mit Rat und Tat unterstützt, Überforderungen bei Erwachsenen und Kindern abgebaut sowie Konflikte in Familien entschärft werden. Dazu müssen wir die ortsnahe Familienbildung und Familienberatung verbessern und **für alle sozialen Schichten** den Zugang ermöglichen. Hierfür müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden:

- Die örtlichen Angebote der Familienberatung und Familienbildung müssen ausgebaut, breiter bekannt und leichter zugänglich gemacht werden.
- Wir müssen die Beratungsqualität der Mitarbeiter durch eine Fortbildungsoffensive verbessern.

Wir müssen die Qualität der Kindertagesbetreuung erhöhen: JA zu mehr Bildung und Erziehung im Kindergarten – NEIN zu mehr Bürokratie!

Das rot-rote Kinderfördergesetz lehnen wir ab.

Wir sind gegen mehr Bürokratie durch zahllose Verwaltungsvereinbarungen und neue Satzungen.

Wir sind gegen höhere Elternbeiträge, die mit dem neuen Gesetz um 30 bis 40 % steigen werden.

Wir sind gegen Arbeitsplatzabbau in den Kindertagesstätten durch unsinnige gesetzliche Regelungen und Vorschriften.

Wir sind gegen den Rückzug des Landes auf einen jährlichen Festbetrag.

Wir wollen eine Finanzierung der Kinderbetreuung im gesamten Zeitraum frühkindlicher Entwicklung im Kindergarten.

Wir wollen eine bessere, gesetzeskonforme Ausgestaltung der Regelkostenverordnung durch das zuständige Sozialministerium, um damit den kommunalen und freien Einrichtungen im Land zusätzlich jährlich 7 Millionen Euro zur qualitativen Verbesserung der Betreuung für alle Kindergartenkinder bereitzustellen.

Wir wollen die Kindergärten im ländlichen Raum erhalten und verhindern, dass es zu einem stärkeren Konzentrationsprozess in den Städten kommt.

10. Eine aktive ältere Generation einbeziehen

In unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen verschieben sich die Gewichte der Altersgruppen deutlich: immer mehr ältere Bürgerinnen und Bürger und zunehmend weniger junge Leute prägen das Bild unseres Landes. Es werden zu wenig Kinder geboren, zu viele junge Männer und vor allem junge Frauen wandern aus Mecklenburg-Vorpommern ab.

Die CDU tritt dafür ein, dass Alt und Jung partnerschaftlich miteinander leben können. Deshalb werden wir strikt darauf achten, dass bei den notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme die Belastungen von Älteren und Jüngeren gerecht verteilt werden.

Wir werden die Arbeit der Altenparlamente, der Landes- und Kreisseniorinnenbeiräte aktiv unterstützen und auch weiterhin mit ihnen konstruktiv zusammenarbeiten.

Die ältere Generation findet in diesen Institutionen eine effektive Interessenvertretung, deren Beschlüsse im politischen Alltag beachtet und umgesetzt werden müssen. Jüngere und ältere Menschen können gleichermaßen voneinander lernen; jede junge Generation baut auf dem Lebenswerk der Älteren auf. Gerade ältere Menschen verfügen über Erfahrungen und Kompetenzen, auf die auch in der modernen Welt von heute nicht verzichtet werden kann.

Die CDU betrachtet es als eine wesentliche Aufgabe ihrer Politik, alle notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ältere Menschen ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt, befreit von drückenden wirtschaftlichen Sorgen gestalten können.

Wir treten ein für mehr Lebensqualität im Alter.

Dazu gehört vorrangig, dass altersbezogene Diskriminierungen und Beschränkungen verhindert und abgebaut werden. Wir werden in den Gemeinden, Städten und Landkreisen Wohnstrukturen fördern, die es den alten Menschen ermöglichen, vielfältige soziale Kontakte zu pflegen. Wer alt ist, darf nicht vereinsamen. Die Wahrung der Generationengerechtigkeit ist die größte sozialpolitische Aufgabe der vor uns liegenden Jahre. Alle Generationen müssen die Gewissheit haben, dass ihre Altersversorgung langfristig gesichert ist – auch unter veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten und einer veränderten Bevölkerungsentwicklung.

Alterssicherung braucht Verlässlichkeit. Die Renten müssen sich wieder nach klaren und verlässlichen Regeln entwickeln. Kurzfristige und willkürliche Eingriffe in die Rentenanpassung lehnt die CDU ab.

Sicherheit im Alter hat für die CDU höchste Priorität.

Auch den Jüngeren wollen wir die Chance zu einem angemessenen Lebensstandard im Alter eröffnen. Wir müssen angesichts der Verschiebungen zwischen den Generationen darüber nachdenken, wie die Alterssicherung auf ein breites solides Fundament gestellt werden kann, damit verlässliche Vorsorge möglich ist, und dazu die private Vorsorge unterstützen.

Die Angleichung des Rentenwertes Ost an das Westniveau wie auch die Angleichung der allgemeinen Lebensverhältnisse, die in einem engen Zusammenhang zu sehen sind, sind oberstes Ziel unserer Politik und Kern des Aufbaus Ost, der unter einer CDU-Bundesregierung wieder zur wirklichen Chefsache wird.

Die CDU fordert die Bundesregierung und die Landesregierung auf, die älteren Bürger nicht weiter zu verunsichern. Die Erbschaftssteuer darf nicht erhöht und Freibeträge verändert werden, um Haushaltslöcher der Bundesregierung zu stopfen

Das neue Landespflegegesetz von SPD und PDS führt dazu, dass viele ältere Bürger in die Sozialhilfe fallen, da die Kosten für Pflegeheimplätze aufgrund des Gesetzes steigen. Die CDU will, dass die neue Ungleichbehandlung durch das Landespflegegesetz schnellstens wieder beendet, eine völlig unzulässige Unterscheidung zwischen alten und neuen Pflegeheimen aufgegeben wird. Denn diese Unterscheidung führt ungerechtfertigt zu unterschiedlichen Kosten für Pflegeheimplätze.

11. Gesund in Mecklenburg-Vorpommern

Die CDU setzt sich für mehr Wirtschaftlichkeit, Transparenz, Wettbewerb und Wahlfreiheit im Gesundheitssystem ein. Wir wollen, dass der Patient künftig weiß, was seine Behandlung kostet und welche Leistungen der Arzt oder das Krankenhaus mit der Krankenkasse abrechnet. Ferner wird sich eine erstklassige Medizin ständig um die Sicherung der Qualität der Versorgung bemühen müssen. Dabei müssen Qualifikationen und gute Ergebnisse transparent gemacht werden.

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine flächendeckende ambulante und stationäre medizinische Versorgung ein.

Im Interesse einer bürgernahen Versorgung fordert die CDU eine verlässliche Fortschreibung des Landeskrankenhausplanes.

Durch eine stärkere Vernetzung aller Versorgungsbereiche soll eine Angebotsoptimierung erreicht werden. Nur so können die bestehenden medizinischen Versorgungsstrukturen im ländlichen Raum gesichert und gestärkt werden. Auch in Zukunft muss gelten: Ambulant vor Stationär, Reha vor Pflege.

12. Ländlichen Raum entwickeln

Die Mehrzahl der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern lebt im ländlichen Raum. Die Dörfer und Kleinstädte haben im dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Daher ist die Politik der CDU darauf abgestimmt, eine wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes zu sichern, um so den Bürgern eine langfristige Perspektive in ihrer Heimat zu bieten. Leitbild hierfür kann nur die „Vielfalt der Landbewirtschaftung“ sein.

Das Ausmaß der Arbeitsplatzverluste in den ländlichen Regionen, im Handwerk, Handel wie Gewerbe ist alarmierend. Die mangelhafte Unterstützung der SPD/PDS-Landesregierung für den Ausbau kommunaler Verkehrsverbindungen und die Verbesserung des Straßenzustandes behindern die Entwicklung des ländlichen Raumes. Gerade der Straßenbau ist für eine funktionierende Infra-

struktur extrem wichtig. Um die Lebensbedingungen der nicht mobilen Bürger in der Fläche zu erleichtern, wollen wir bei Standortverlagerungen von Behörden künftig ländliche und strukturschwache Gebiete bevorzugen und streben eine entsprechende Regelung im Landesraumentwicklungsprogramm an.

Landwirtschaft ist für unser Land ein wichtiger Wirtschaftsbereich und tragende Säule des ländlichen Raumes. Landwirtschaft ist mehr, als die Produktion von vielfältigen regionaltypischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen – sie übernimmt zusätzlich gesellschaftliche Aufgaben und Funktionen. Diese liegen im Erhalt der Kulturlandschaft und dem Schutz von Wasser, Boden, Luft und der Artenvielfalt. Diese gesellschaftlichen Leistungen können jedoch von Landwirten nicht zum Nulltarif bereitgestellt werden. In diesem Kontext ist auch die Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt zu sehen. Aus diesem Grund muss die Politik des Landes Mecklenburg-Vorpommern so ausgerichtet werden, dass Planungs- und Investitionssicherheit und EU-einheitliche Wettbewerbsbedingungen als tragfähiges und wirtschaftliches Fundament für eine leistungsfähige und marktorientierte Landwirtschaft gewährleistet werden.

Moderne konventionelle und ökologische Landwirtschaft haben in Mecklenburg-Vorpommern ihre Berechtigung und erfahren unsere Unterstützung. Alle Landwirte in Mecklenburg und Vorpommern brauchen Zukunftsperspektiven. Wir sind den Landwirten ein verlässlicher Partner.

Die CDU fordert eine Offensive, die unseren Landwirten Kostenentlastung und Standortsicherheit bringt. Ziel ist es, die Kosten zu senken und Märkte besser zu erschließen. Wir wollen sämtliche Auflagen und Vorschriften im Land, in den Gemeinden, Städten und Landkreisen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und ihrer Nutzens überprüfen. Genehmigungsverfahren für landwirtschaftliche Investitionsprojekte müssen zukünftig viel schneller ablaufen.

Die CDU will die Wirtschaftspotenziale der Landwirtschaft stärker nutzen und vor allem jungen Schulabgängern den Beruf des Landwirtes attraktiver machen. Dafür brauchen sie ein Signal: **Es muss sich wieder lohnen, Landwirt zu sein.**

Die CDU steht für den Erhalt einer flächendeckenden Landbewirtschaftung und der Stärkung der Veredlungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Hierfür müssen im Rahmen der Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union die geeigneten Voraussetzungen geschaffen werden.

Zur Stärkung und Entwicklung des ländlichen Raumes ist es unabdingbar, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin die seitens der Europäischen Union (Strukturfondsmittel) und des Bundes (Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe) bereitgestellten Mittel zu 100 % kofinanziert und in Gänze in Anspruch nimmt.

13. Sicher in Mecklenburg-Vorpommern

Nur eine sichere Finanzausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise und eine auskömmliche Beteiligung des Landes sichern eine optimale Ausstattung der freiwilligen Feuerwehren. Eine Stärkung der Finanzkraft der Kommunen ist eine Stärkung des Ehrenamtes und der Sicherheit zugleich. Dafür steht die CDU.

Die CDU unterstützt und bedankt sich bei tausenden haupt- und ehrenamtlichen Helfern der Freiwilligen Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks, die landesweit bis in die kleinsten Gemeinden hinein häufig unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit Menschen retten und Schadensereignisse vom Feuer bis zum Hochwasser bekämpfen.

Nur eine sichtbare Polizei gibt den Bürgern und Besuchern von Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit.

Nur die deutliche Präsenz der Polizei erzeugt Abschreckung und damit Verhütung von Straftaten.

Deshalb sind insbesondere im ländlichen Raum die Polizeistationen wieder herzustellen und besser auszustatten. Es darf nicht sein, dass in den Dörfern und Städten ein sicherheits- und rechtsfreier Raum entsteht, in dem die Angst und nicht die Sicherheit herrscht. Daher lehnt die CDU die Pläne der Landesregierung ab, Personalkürzungen im Beamten- und Angestelltenbereich der Polizei vorzunehmen. Die von der Landesregierung beschlossenen Kürzungen von 177 Polizeivollzugsstellen und 392 Personalstellen im Angestelltenbereich werden zu verlängerten Reaktionszeiten bei Notrufen führen und zu verzögerter Fallbearbeitung.

In Mecklenburg-Vorpommern sollen sich nicht die Kriminellen wohlfühlen, sondern unsere Bürgerinnen, Bürger und Gäste!

Gerade auf lokaler Ebene, wo sich zuerst kleinkriminelle Strukturen auswirken, sind Ursachen und kriminalitätsfördernde Umstände zu beseitigen. Deshalb fordern und fördern wir die Einrichtung von kommunalen Präventionsräten.

Innere Sicherheit gibt es nicht ohne Wahrung des Rechtsbewusstseins der Bürger. Deshalb darf es keine „Entkriminalisierung“ so genannter Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren oder Graffiti-sprayen geben. Wir werden das Gewaltmonopol des Staates wahren und gegen jeden Versuch verteidigen, es zu untergraben. Wir wollen eine konsequente Strafverfolgung, unabhängig vom Umfang des Schadens, der durch die Straftat verursacht wird. Alle Bagatelldelikte müssen unmittelbar durch den Staat verfolgt werden.

Durch eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik muss es uns gelingen, die Ursachen für Jugendkriminalität einzudämmen. Ein sicherer Aus-

bildungsplatz und Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind zentrale Aspekte, um Jugendkriminalität zu verhindern.

Gemeinden, Städte und Landkreise können einen erheblichen Beitrag dazu leisten, damit nicht nur repressive Maßnahmen und gesetzliche Drohungen Kinder und Jugendliche vor dem Abrutschen in die Kriminalität bewahren. Eine kluge Strategie der Inneren Sicherheit muss den jungen Bürgern die Möglichkeit eröffnen, in der Gesellschaft positiv mitzuwirken. Freizeiteinrichtungen, kirchliche Jugendarbeit und zahlreiche Vereine können einen sinnvollen Beitrag leisten. Dabei müssen die Gemeinden, Städte und Landkreise aber durch eine bessere finanzielle Ausstattung wieder in die Lage versetzt werden, diese Präventionsarbeit leisten zu können.

14. Förderung des Sports

Der Sport in Mecklenburg-Vorpommern erfüllt zahlreiche Aufgaben. Er ist ein wichtiges Element der Sozialpolitik, trägt mit dem Breitensport in seiner Vielfalt viel zur sozialen Harmonie im Land bei. In vielen Orten des Landes sind die Sportvereine der zentrale soziale Mittelpunkt einer Gemeinde, einer Stadt.

Die Förderung des Sports ist daher für die CDU eine Selbstverständlichkeit. Sport in Vereinen und darüber hinaus bindet viele Menschen in sozial stabile Gemeinschaften ein. Besonders Initiativen wie „Sport statt Gewalt“ oder „Schule und Verein“ haben den präventiven Charakter mit Massenwirkung unter Beweis gestellt. Solche erfolgreichen Konzepte wird die CDU engagiert weiter unterstützen.

Die CDU unterstützt die Olympiabewerbung der Städte Leipzig und Rostock. Die Austragung der olympischen Segelwettbewerbe in Rostock wird für alle Gemeinden, Städte und Landkreise einen erheblichen Imagegewinn bedeuten, den wir im ganzen Land positiv nutzen müssen.

Mit der CDU in den Gemeindenvertretungen, Stadtvertretungen und Kreistagen hat Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft.